

Bezugspreis:

Vierteljährlich 105.— M., monatlich 30.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Volk-  
bezug: Monatslich 25.— M., einjährig 250.—  
Stellungsgeld. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Preußen, Saar- u. Rhein-  
land, sowie Österreich u. Bulgarien  
65.— M., für das übrige Ausland  
87.— M. Postbestellungen nehmen  
an Belgien, Dänemark, England, Est-  
land, Finnland, Frankreich, Holland,  
Estland, Jugoslawien, Dänemark,  
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei  
und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Erziehung und Kleingarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Sonn-  
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Raumverlei-  
hung 16.— M. — Reklamspalte 80.— M.  
„Kleinanzeigen“ das fettegedruckte  
Wort 4.— M. (außerdem zwei fette-  
gedruckte Worte), jedes weitere Wort  
2.— M. Stellenangebote und Schlar-  
fellenanzeigen das fette Wort 2,50 M.,  
jedes weitere Wort 1.— M. Worte  
über 15 Buchstaben zählen für zwei  
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-  
nenten Seite 4.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Schluß  
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 16. Mai 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Die Russen fordern Bedenkzeit.

Genève, 16. Mai, 1 Uhr mittags. (Sonderbericht des „Sozial-  
demokratischen Parlamentsdienstes“.) In der heutigen Sitzung der  
politischen Unterkommission verlangte Tschischewin nach einer  
längeren Rede mehrere Erklärungen zu der schon von den  
Mitgliedern an die russische Delegation gesandten Antwort. Lloyd  
George gab diese Erklärungen, worauf die Russen eine  
2 1/2 stündige Bedenkzeit sich erbaten. Die Sitzung der poli-  
tischen Unterkommission, die 2 1/2 Stunden dauerte, wird deshalb am  
Mittwoch vormittag fortgesetzt werden.

### Lloyd Georges Weltfriedensidee.

London, 16. Mai. (III.) Lloyd George hat dem Vertreter  
der „Morning News“ in Genèva folgende Botschaft  
übergeben: „Wir haben eine neue Phase in der westlichen  
Zivilisation erreicht. Es hat Religionen gegeben,  
dynastische Kriege und solche zur Sicherung reicherer Vor-  
räte an Rohmaterialien, die neue Phase ist die wirtschaftliche  
Vervollständigung Europas und der ganzen Welt. Keine moderne Nation  
kann aus sich selbst bestehen. Der Friedenspakt ist grund-  
legend für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die Grenzen wer-  
den dann offene Handelsstoren werden und nicht nationale  
Hindernisse. Friede ist das erste Erfordernis.“

### Die Bearbeitung der Zwangsanleihe.

Wie die „Telegraphen-Union“ mitzuteilen weiß, soll beao-  
sichtigt sein, die Zwangsanleihe nach neuen Gesichtspunkten  
durchzuführen. Bisher sollten Vermögen bis zu der Höhe von  
250 000 M. von der Zwangsanleihe verschont bleiben. Nach  
dem neuen Entwurf sollen bereits 100 000 M. die  
Grenze für die Steuerfreiheit bedeuten. Zweitens sollte die  
Grenze der Höchstbelastung mit 10 Proz. erst bei 20 Millionen  
erreicht werden, nach dem neuen Entwurf bereits bei einer  
Million Mark. — Die „Tel.-Union“ fürchtet daß bei den der-  
zeitig angenommenen Steuerhöhen die Reichsregierung mehr  
als eine Goldmilliarde einnehmen könne. Das wäre an sich  
kein Nachteil. Es braucht aber gar nicht befürchtet zu werden.  
Die Markierung von Angst hat ja auch nur den Zweck, vorzu-  
beugen, damit das „Opfer“ nicht zu selbstverständlich erscheint,  
obwohl es das in Wirklichkeit doch ist.

### Das Reparationsproblem.

#### Angeblliche Vorschläge Deutschlands.

Paris, 16. Mai. (EP.) Der „Petit Parisien“ schreibt, daß der  
allgemeine Eindruck, der sich aus der gestrigen Unterredung von  
Dr. Hermes mit Mitgliedern der Reparationskommission er-  
gebe, kein ungünstiger zu sein scheint. Hermes habe erklärt, daß er  
der Reparationskommission wichtige Vorschläge unterbreiten  
werde. Nach ihrer Ueberreichung würden sich offiziöse Unterredun-  
gen daraus entwickeln. Die Reparationskommission wird sich aber  
erst versammeln, um Dr. Hermes offiziell anzuhören, wenn ein be-  
friedigendes Abkommen erreicht sein wird.

Die „Chicago Tribune“ glaubt zu wissen, daß Dr. Hermes den  
Mitgliedern folgende Vorschläge machen wird:

1. Anstatt 60 Milliarden neue Steuern zu erheben, verpflichtet  
sich Deutschland, eine innere Anleihe für den gleichen Betrag  
aufzunehmen.
2. Was die äußere Anleihe angeht, erklärt Dr. Hermes,  
daß diese Frage das Komitee Morgan angehe.
3. Deutschland verpflichtet sich, alles mögliche aufzuwenden,  
um die Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern. Be-  
stimmte Maßnahmen dazu sollen in einigen Tagen der Reparations-  
kommission unterbreitet werden.
4. Die deutsche Regierung wird vor dem 31. Mai die nötigen  
gesetzlichen Maßnahmen ergreifen, um die Autonomie der  
Reichsbank zu sichern.
5. Deutschland wird die wirtschaftliche und finan-  
zielle Statistik so weit als möglich in der Form und dem  
gleichen Umfange wie vor dem Kriege wieder aufnehmen.
6. In der Frage der Finanzkontrolle erhebt Dr. Hermes  
Einwände, weniger im Namen der deutschen Regierung als-  
deshalb, weil die Regierung die öffentliche Meinung in Deutschland  
fürchtet.

Der „Matin“ schreibt, daß Dr. Hermes die Finanzkontrolle  
nur mit gewissen Abänderungen annehmen werde.

### Gesetzesarbeit in Rußland.

Moskau, 16. Mai. (OE.) Die Tagung des Plenums des  
Allrussischen Zentralerekutivkomitees ist am  
12. Mai eröffnet worden. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe  
grundlegender Gesetzentwürfe auf dem Gebiete der Wirtschaft und  
des Justizwesens; außerdem der Bericht über die Genèva-  
Konferenz, die Frage der einheitlichen Naturalsteuer, die  
Frage des Bodenrechts und einer inneren Geldanleihe. Vom  
Volkskommissariat für Bildungswesen ist dem Plenum ein Geset-  
zentwurf über das Autorenrecht für literarische, musikalische und  
wissenschaftliche Werke vorgelegt worden. Der Tagung wohnten

viele Berichterstatter deutscher, amerikanischer und eng-  
lischer Zeitungen bei; auf der Eröffnungssitzung waren verschiedene  
ausländische diplomatische Vertreter erschienen.  
Als Ergebnis der zwei ersten Sitzungstage wurden die Gesetzent-  
würfe über das Eigentumsrecht und die Staatsanwalts-  
schaft durch das Plenum des Zentralerekutivkomitees ange-  
nommen und einer Kommission zur endgültigen Abfassung über-  
geben. Der Gesetzentwurf über die Anwaltskammer ist verlesen  
worden und wird heute beraten. Anlässlich der Eröffnungssitzung  
des Allrussischen Zentralerekutivkomitees schreiben die sowjetami-  
schen „Rostower „Iswestija“ in ihrem Leitartikel: „Was die  
Genèver Konferenz auch bringen möge, — unsere Wirtschaft muß  
aus eigenen Kräften wiederaufgebaut werden. Die Erledigung der  
vorgelegten Gesetzentwürfe durch das Plenum wird die feste Grund-  
lage für die Entwicklung der neuen Wirtschafts-  
verhältnisse, für die Entfaltung der Produktionskräfte und  
den Wiederaufbau des Landes schaffen; auch die Heranziehung der  
fremden Staaten und des Privatkapitals würde dadurch erleichtert  
werden. Die Herabsetzung der Roten Armee werde  
ausschließlich vom günstigen Ausgange der Genèver Konferenz ab-  
hängen, der jedoch zweifelhaft sei.“

### Privateigentum und Erbrecht.

Neber die erste Sitzung der Tagung berichtet „Intel“ im ein-  
zelnen: Auf der Tagung berichtete der Volkskommissar für Justiz-  
wesen, Kuritzin, über den Gesetzentwurf über die grundliegen-  
den Eigentumsrechte, die von der Sowjetrepublik anerkannt,  
durch ihre Gesetze geschützt und ihre Gerichte verteidigt werden. Der  
Gesetzentwurf geht von dem Grundprinzip aus, daß nur der Staat  
Recht auf Grund und Boden hat und für Privatpersonen nur das  
Recht auf den Besitz nicht monopolisierter Eigentums anerkannt  
werden kann. Land, auf dem Bauten ausgeführt sind, können nur  
auf eine selbstgelegte Frist gepachtet werden. Eigentümer  
von Immobilien haben das Recht, ihre Immobilien  
zu verpachten. Auch das Recht auf den Besitz von Mo-  
bilen in Industrie- und Handelsbetrieben, Werkzeugen, Pro-  
duktionsmitteln und Fertigfabrikaten wird bestätigt. Auf dem Gebiet  
des Erbrechts soll der Kreis der Personen, die ein Erbrecht haben,  
genau bestimmt werden. Es sind progressive Steuern auf die Erb-  
masse vorgesehen.

Der zweite Teil des vorgelegten Gesetzentwurfs bezieht sich auf  
das Obligationenrecht. Es wird gesetzlich das Recht festgelegt,  
Verträge, Käufe und Verkäufe abzuschließen und Waren- und Bank-  
abschlüsse zu machen. Alle Verträge, die durch das Gesetz erlaubt  
werden, genießen gerichtlichen Schutz. Die Annullierung ab-  
geschlossener Verträge ist nur auf gerichtlichem Wege möglich, vor  
allen Dingen dann, wenn die Durchführung der Verträge die Inter-  
essen des Staates schädigen würde.

Im Anschluß an das Referat Kuritzins sprachen eine Anzahl von  
Rednern gegen einzelne Punkte des Gesetzentwurfs. Der Entwurf  
wurde aber als Grundlage für das neue Gesetz angenommen  
und einer Sonderkommission zur Ausarbeitung überwiesen.

Hierauf wurde zur Beratung des Gesetzentwurfs über die  
Prokuratur übergegangen, den Krylenko begründete. Die  
Prokuratur, führte Krylenko aus, habe zwei Funktionen zu erfüllen:  
1. im Namen des Staates darüber zu wachen, daß die gesetzlichen  
Bestimmungen von allen Institutionen, Wirtschaftsorganisationen  
und Privatpersonen eingehalten werden; 2. bei Gesetzesverletzungen  
ein gerichtliches Verfahren einzuleiten. Der Staatsanwaltschaft soll  
das Recht eingeräumt werden, Protest gegen Verordnungen der Re-  
gierungsbehörden einzulegen, die den bestehenden Gesetzen zuwider-  
laufen.

Schließlich wurde noch der Gesetzentwurf über die Advoka-  
tur behandelt. Brandenburgskij erinnerte daran, daß Ende  
1920 bei den Gerichten die Arbeitspflicht der früheren Advokaten  
eingeführt wurde. Unter dem neuen Wirtschaftsfurs liehe sich diese  
Arbeitspflicht der Verteidiger nicht mehr aufrechterhalten. Aus  
diesem Grunde müsse die Institution der Verteidiger  
neu geschaffen werden. Das Kollegium der Verteidiger wird  
von den Sektionen des Volkskommissariats für Justiz zusammengestellt  
und von den Gouvernementserekutivkomitees bestätigt. Diese haben  
nur das Recht der Abnehmung. Neben gelehrten Juristen sollen in  
das Kollegium auch Personen aufgenommen werden können, die über  
eine gewisse Praxis im Gerichtsverfahren verfügen und nach-  
weisen können, daß sie eine gewisse Zeit im Dienste der Sowjetjustiz  
gestanden haben.

### Dollar: 280.

Die etwas günstigeren Aussichten für das Zustandekom-  
men einer Reparationsanleihe riefen am heutigen Devisen-  
markt starke Abgabeneigung hervor. Um die Mittagstunde  
war der Dollar bereits bis auf 280 1/2 zurückgegangen. Am  
Effektenmarkt will sich noch nicht die rechte Belebung ein-  
stellen. Das Publikum, insbesondere aus der Provinz, hält mit  
seinen Spekulationsaufträgen noch stark zurück. Man ist der  
Meinung, daß die ganze Stützungssaktion der Banken sehr bald  
zur Ende finden wird.

## Deutschland und Polen.

### Zum oberschlesischen Abkommen.

Der Vertrag zwischen Deutschland und Polen über die  
Teilung Oberschlesiens ist gestern in Genèva unterzeichnet worden.  
Er umfaßt 606 Artikel. Die Verhandlungen nahmen drei  
Monate in Anspruch. Eine ausführliche Würdigung des Ab-  
kommens wird erst möglich sein, wenn es im Wortlaut vor-  
liegt. Soweit man bisher unterrichtet ist, waren besondere  
Schwierigkeiten in der Liquidationsfrage, in der Frage des  
Minderheitenschutzes und bei der Regelung der internati-  
onalen Schiedsorganisation zu überwinden. Der Gedanke,  
Streitfragen von Staat zu Staat generell auf dem Wege di-  
rekter Schiedsgerichtsbarkeit zu lösen, ist neuartig.  
Hier wird eine Praxis, die sich im Wirtschaftsleben gut be-  
währt hat, auf das völkerrechtliche Gebiet übertragen. Bei  
einigermassen gutem Willen auf beiden Seiten kann dieser  
Brauch viel dazu beitragen, Gegensätzlichkeiten zu mildern.  
Der Minderheitenschutz mußte besser ausgebaut wer-  
den als in den abgetretenen Gebieten von Polen und  
Pommern. Es scheint, daß Deutschland auf diesem Gebiet  
für Oberschlesien gewisse Garantien erhalten hat und daß sich  
diese Garantien vor allem auf das Koalitionsrecht der Ar-  
beiter beziehen. Allerdings wird sehr viel davon abhängen,  
wie der Minderheitenschutz tatsächlich gehandhabt wird.

In der Frage der Liquidationen wurde seinerzeit  
von der deutschen Kommission die Nachricht verbreitet, daß der  
deutsche Standpunkt voll und ganz durchgedrungen sei. Wir  
können uns dieser Meinung nicht anschließen. Nach den bis-  
herigen Veröffentlichungen wird das Liquidationsrecht der  
Polen lediglich für die Uebergangszeit also für einen Zeit-  
raum von 15 Jahren ausgesetzt. Danach geht es mit voller  
Schärfe ein. Nach einigen amtlichen Redungen, die aller-  
dings der zweifelsfreien Klarheit entbehren, hat die polnische  
Regierung auch während der Uebergangszeit gewisse Rechte,  
die recht unbedeutend werden können. Betroffen von der Ent-  
eignung werden nicht nur die Urprodukte fördernden und ver-  
arbeitenden Industrien, sondern alle Betriebe, die mehr als  
600 Arbeiter beschäftigen. Betroffen wird ferner der  
Grundbesitz, der mehr Land auf sich vereinigt, als die  
polnische Agrargesetzgebung, die wahrcheinlich auf diesen Fall  
zugeschritten wurde und die in Galizien und der Provinz  
Wilna (Gebiete, die allerdings nach völkerrechtlicher  
Aufassung nicht zu Polen gehören) kaum reiflos zur Anwen-  
dung gelangen wird, erlaubt. Hier kommt Eigentum unter  
den Hammer, von dem selbst Polen nicht behaupten kann, daß  
es je anders als deutsch war. Nur Gewalt kann diese  
Rechte antasten. Eine Gewalt, die, wenn sie nun einmal als  
force majeure (höhere Gewalt) betrachtet wird, Sowjetruß-  
land ebensogut anrufen kann wie Polen. Aber gerade Polen  
hat in Polen und Pommern einen Teil des Gutsbesitzes mit  
der rechtlichen Begründung enteignet, daß es sich um Land  
handelt, das seinerzeit widerrechtlich polnischen Eigentümern  
von preussischer Hand enteignet worden sei. Hier bleibt eine  
Kluft bestehen, die sich unseres Erachtens nicht überbrücken läßt.

Auch der Hinweis darauf, daß es sich in Genèva lediglich  
darum handelte, ein leidliches Provisorium für die fünfzehn-  
jährige Uebergangszeit zu treffen, ist nicht stichhaltig. Dem steht  
die seinerzeitige Entscheidung des Völkerbundes  
entgegen, die für die privaten Eigentums- und sonstigen  
Rechte der Deutschen in dem abzutretenden Teil Oberschlesiens  
ausdrückliche Sicherungen zu schaffen wünschte. Wenn bei  
dieser Gelegenheit trotzdem auf den Versailler Vertrag  
verwiesen wurde, so lag darin ein Widerspruch, den aufzuklären  
Sache der Genèver Verhandlungen war. Die Regelung  
der Liquidationsfrage kann also keineswegs  
befriedigen.

Das Abkommen ist unterzeichnet. Eine nachträgliche Kritik  
wird wenig fruchten. Sie sollte lediglich noch einmal unseren  
Standpunkt zusammensassen. Im übrigen legt das Abkommen,  
wie jedes Kompromiß, beiden Seiten Opfer auf, wie groß die  
Opfer auf der einen oder anderen Seite sind, hängt von  
den Verhandlungsgegnern ab. Sieh in eine Erbitterung  
hineinsteigern, wäre töricht. Jetzt gilt es vorwärts  
zu schauen und aufzubauen. Oberschlesien ist ein  
gemischtsprachliches Gebiet. Wie seine Wirtschaft, bildet auch  
seine deutsch-polnische Bevölkerung in viel höherem  
Grade eine Einheit, als es die Nationalistengarde auf  
beiden Seiten wahr haben will. Wenn etwas nun tut, so ist es  
Zusammenarbeit. Wir glauben, diese Zusammen-  
arbeit, der heute leider noch sehr viele Voraussetzungen fehlen,  
wird um so eher vonstatten gehen, je eher sich die Interalliierte  
Kommission mit ihrem politischen Anhang, ihrer offiziellen  
und inoffiziellen Soldateska zurückzieht. Die Grenzen sind ge-  
zogen. Der Vertrag ist unterzeichnet. Die rechtlichen Fragen  
sind geklärt. Nun lasse man die deutsche und die polnische  
Ordnungspolizei nach dem Rechten sehen. Sie wird einen  
Luftschlag zu reinigen haben. Das Bandennwesen wird  
mit eisernem Besen auszurotten sein. Für Selbstschutz  
ist nicht länger Platz in Oberschlesien. Hier muß  
mit fester Hand zugegriffen werden. Auf beiden Seiten. Das  
ist zunächst einmal Voraussetzung für eine Befriedung der  
Verhältnisse.

Hand in Hand damit wird eine großzügige Siedlungs- politik gehen müssen, der wir bisher noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit gezollt haben. Polen ist in dieser Hinsicht in einem bedeutend schnelleren Tempo vorwärts gegangen. Eine derartige Politik braucht die beiderseitigen guten Beziehungen durchaus nicht zu unterbinden, die sich vor allem in einer Wiederaufnahme des Handelsverkehrs dokumentieren müßten. Die bisherige deutsche Sperrpolitik hat lediglich bewirkt, daß der Handel über das Danziger Loch nach Polen floß. In dieser Frage wird also möglichst bald Abhilfe geschaffen werden müssen.

Und dann: Kulturpolitik und keine Nationalchauvinistenpolitik. Hier werden wir die Hebel ansetzen müssen. Hier werden wir zu zeigen haben, daß es auch ohne Hakenkreuz und militärisches Geheiß, ohne jenes Brimborium unsachlicher und unzeitgemäßer Großspendigkeit geht. Ein Volk, das seiner selbst bewußt ist und das sich selbst zu steuern gelernt hat, kann auf Mittel verzichten, die nur von ernstlicher und friedlicher Arbeit ablenken.

## Die „parteilosen“ Arbeiterkomitees.

Der neue KPD-Schwindel.

Ueber die Ergebnisse der Zentralauschussung der KPD. haben wir bereits berichtet. Aus dem ausführlichen Bericht der „Roten Fahne“ geht hervor, daß Ernst Meyer als Referent die Bildung der von uns bereits charakterisierten „Arbeiterkomitees“ ausdrücklich gefordert hat. Sie sollen aus Arbeitern aller drei Parteien und aus Parteilosen bestehen. Also Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten und Selbst, wobei angeführt der natürlichen Neigung der Selbst zu den Kommunisten und der stets wackeligen Haltung der Unabhängigen den Kommunisten die Führung gesichert und die einzige ernstzunehmende Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, zu einem bedeutungslosen Anhängsel degradiert wird. Wir wiederholen: Aufklärung tut not, damit kein sozialdemokratischer Arbeiter auf diesen frechen Schwindel hineinfällt.

Der Zentralauschuss der KPD. billigte außerdem noch ausdrücklich die Knebelung aller Volksrechte in Rußland, indem er in einer Resolution erklärte:

Infolge der langsamen Entwicklung der Weltrevolution ist die Sowjetregierung genötigt, der Weltbourgeoisie Zugeständnisse zu machen. Deshalb ist sie gezwungen, in schärfster Weise jeden Versuch zurückzuweisen, politische Bewegungsfreiheit zu gewähren für das Kleinbürgertum und für die Bourgeoisie, die sich zu organisieren beginnt.

Also, weiß man der Weltbourgeoisie Zugeständnisse machen muß, darum müssen die Arbeiter Rußlands, denn um sie und nicht um Kleinbürger und Bourgeois handelt es sich in erster Reihe, weiter aller Bürgerrechte beraubt bleiben.

Unter diesen Umständen muß man den Gesinnung der Reichstagsabgeordneten Eichhorn und Berthelet bewundern, die als Ueberbleibsel der zur U.S.B. übergegangenen K.P.D. ihren Wiedereintritt in die K.P.D. angemeldet haben.

## Die Schuldigen.

Die Deutsche Volkspartei bekennet, daß sie die Wucherpreise verurteilt.

Der offizielle Pressedienst der Deutschen Volkspartei ist uns Sozialdemokraten auf die Schliche gekommen. Man denke: Die von uns im „Vorwärts“ kürzlich vorgeschlagene Neuordnung der Pachtordnung ist nichts weiter als eine heimliche Vorbereitung der Sozialisierung der Landwirtschaft. Aber die Deutsche Volkspartei ist auf dem Posten:

„Bekannt ist der Sozialisierungsplan des „Vorwärts“ vom November 1918, in dem es hieß, daß fünf Jahre Vorbereitungszeit nötig wäre. Dabei dachte man wohl an die seelische und wirtschaftliche Zermürbungswirkung der Zwangswirtschaft. Die Sozialdemokraten haben sich augenscheinlich dabei verrechnet, denn

## Der Prinz.

Von Hans Bauer.

Es gilt heute nicht mehr, die Behauptung von der Unzulänglichkeit der früher über Deutschland herrschenden Kastei durch Sammlung von Indizienmaterial zu erweisen. Wir stehen nach dem Urteilspruch: Kaiser und Könige, Fürsten und Prinzen sind erledigt. Was über sie zu sagen war, ist lange gesagt, was gegen sie zu tun war, ist im November 1918 getan worden.

Ganz gelegentlich indessen finden wir hier und dort verkrümelte noch ein Charakteristikum, das wert ist, genauer angeschaut zu werden, wenn man es als Köstlichkeit betrachtet, die einen guten Witz erfährt.

Da erfuhr man also vor einigen Tagen durch die Hochschulblätter der „Deutschen Zeitung“, daß die „Deutsche Corps-Zeitung“ in ihrer Nummer 11 den Artikel eines Friedrich Wilhelm, Prinz zur Lippe, von der Verbindung Saxonia-Göttingen veröffentlicht hatte. Darin fand sich der Satz:

„Wir Korpsstudenten müssen auf diesem Gebiete vorangehen. Denn es darf ohne Ueberhebung, sondern lediglich in demütigen Pflichtgefühl gegen Volk und Vaterland aus ernster Erkenntnis der uns durch Gottes weiser Weltordnung zugewiesenen Aufgaben gelagt werden: In unseren Reihen findet sich die Jugend zusammen, die vor allen anderen zur geistigen Führung unseres Volkes berufen ist, die das Rückgrat des politischen Lebens bilden sollen.“

Friedrich Wilhelm: Männchen! Geschenk! Geschenk! Wir wollen keine Haare spalten und nicht kleinlich sein. Wenn einer einmal einen solchen Ausdruck gebraucht und einmal ein Komma irgendwo wegläßt, wo es eigentlich stehen müßte, so kann er dennoch sogar ein guter Schriftsteller sein. So etwas unterläuft in der Eile einmal. Wer aber in so wenig Zeilen so viel Unpasslichkeiten wie Sie begehrt, ist bestimmt kein geistiger Mensch. „Ohne Ueberhebung, sondern lediglich...“ ist Unsinn. „Ohne Ueberhebung und lediglich...“ muß es heißen. Dann hätten Sie zu schreiben gehabt: „Durch Gottes weise (und nicht weiser) Weltordnung“; „Die Jugend... die vor allen anderen“; das ist auch falsch. „Die Jugend, die vor jeder anderen...“ hätte zu stehen gehabt. Ganz ungrammatisch ist ferner der nach dem letzten Komma beginnende Schlussteil des letzten Satzes. Das „die“ soll sich offenbar auf „Jugend“ beziehen, bezieht sich aber auf „Führung“. Aber auch wenn es sich auf „Jugend“ bezöge, müßte es zuletzt „soll“ und nicht „sollen“ heißen.

Das ist indessen noch das Geringste. Viel schöner als Ihr Tertionerstil ist Ihre Logik, und ich stehe nicht an, Ihnen zu bekennen, daß ich, seit ich Sie las, zuweilen das vor mich hinlage: Der uns durch Gottes weiser Weltordnung zugewiesenen Aufgaben...! Duzendemale vor mich hinlage! Und dann konstruierte ich, bis es mir grün und blau vor den Augen wich: Es gibt einen Gott, gäbe

durch das tatkräftige Eingreifen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deutschen Volkspartei während ihrer Beteiligung an der Reichsregierung im Jahre 1920, ist die Zwangswirtschaft immer weiter abgebaut worden. Auch die letzte Entwicklung hat bemerkenswerte Erfolge auf diesem Gebiete gebracht.

Die Deutsche Volkspartei ist stolz auf ihre Erfolge im Kampf gegen die Zwangswirtschaft. Das kann sie auch sein. Wenn die Zuckerdübeln steigen und Kartoffeln im freien Handel zu Luxusartikeln werden, dann fließen aus Industriekreisen die Beiträge häufiger, und man kann sich bei den Landwirten gegen den deutschnationalen Ansturm besser halten. Aber was mögen die deutschvolksparteilichen Wähler zu diesem „tatkräftigen Eingreifen“ sagen, die als „Verbraucher“ die ganze Sinnlosigkeit der freien Wirtschaft an der Verschlechterung ihrer Lebenshaltung spüren? Wir werden diese Leute bei passender Gelegenheit zu fragen wissen.

## Etappenheld Knüppel-Kunze.

Vor dem Schöffengericht in Alt-Moabit stand heute wieder einmal der Prozeß des Herrn Richard Kunze gegen den Redakteur des „Berliner Tageblattes“, Erich Dombrowski, an. Herr Kunze, der bekanntlich diesen Prozeß zur Rettung seiner Ehre angestrengt hat, bewirkte auch diesmal, wie schon des öfteren, daß der Prozeß der Verjährung verfiel, ehe es zur Beweisaufnahme kam. Offenbar scheint Herrn Kunze sehr wenig daran zu liegen, daß die Zeugen vernommen werden, die über sein Etappenleben in Gardelegen Genaueres ausfragen können. Dies ist allerdings begründlich, wenn man aus dem Vortrage des Rechtsanwalts Dr. Grünspach, des Vertreters des Angeklagten, erfährt, daß diese Zeugen auszufragen bereit sind, über eine Etappentätigkeit des Herrn Kunze in schwerer und großer Zeit, die sich

wesentlich auf Hamstern, Gullieben und Sausen erstreckte.

Als Rechtsanwalt Grünspach den Ausdruck Sausen gebrauchte, verbat sich Herr Kunze diesen Ausdruck in erregten Worten. Aber Rechtsanwalt Grünspach erwiderte, daß er in diesem Falle bei dem sonst ungewöhnlichen Ausdruck bestehen müsse und legte zum Beweis dessen, daß nicht von einem Trinken, sondern von einem Sausen des Herrn Kunze geredet werden müsse, eine Photographie vor, die allgemeine Sensation erregte. Auf dieser Photographie erblickt man den Etappenhelden Kunze in voller Uniform mit mehreren Kumpanen bei einem Saufgelage, das durch zahllose geleerte Flaschen deutlich verfinstert ist. Herr Kunze befindet sich in offenbar bereits sehr gehobener Stimmung, denn er hat einen seiner großen Schaßkiesel ausgezogen, auf den Tisch gestellt und als Trinkgefäß benutzt.

Auch seinen Zügen merkt man deutlich die Wein- und Bierseitigkeit an. So hielt Herr Kunze durch, als die große Mehrzahl des deutschen Volkes bittere Rot lüht.

Außer den schon bekannten Dingen, im besonderen, daß Herr Kunze seine Etappentätigkeit zum Hamstern weidlich ausgenutzt hat, trat Rechtsanwalt Grünspach auch Beweis an, für die Beziehungen Kunzes zu Herrn Stinnes und zwar im besonderen dafür, daß Herr Kunze von Stinnes, den er öffentlich als Kapitalisten bekämpft, 180 000 Mark erhalten hat und daß Herr Kunze weiter den bereits veröffentlichten Brief an Stinnes, den er verlangt, und von dem er nichts gewußt haben will, selber und höchst persönlich in die Maschine diktiert hat.

Da Herr Kunz noch weitere Zeugen verlangte, verfiel die Verhandlung der Verjährung. Der Kleriker des Deutschtums und Held von Gardelegen aber verfiel in ziemlich begoffenem Zustand den Saal, während einige Jünglinge seines Gefolges ihre Wut über die Blamage ihres Führers in lautem Geschimpfe auf den Korridoren des Gerichtgebäudes austöfeten.

Abberufung des französischen Gesandten in München. Wie der „Bayerische Kurier“ zu melden weiß, steht die Abberufung des französischen Gesandten in München, Dard, bevor. Nach Informationen des genannten Blattes werde er einen längeren Urlaub erhalten, aus dem er nicht mehr an die Stätte seiner bisherigen Wirksamkeit zurückkehren solle.

es keinen, wie könnte es die einem Prinzen zugewiesenen Aufgaben gehen! Gott ist weise, wäre er nicht weise, wie hätte er einen Prinzen zur geistigen Führung berufen können! Es gibt eine Weltordnung; gäbe es sie nicht, wie wiese ein weiser Gott einem Prinzen eine Aufgabe zu!

Gotteslästerung?

Nicht doch: Lästerung eines Gotteslästerers, dem Gottes Existenzberechtigung ebenso parallel mit seinem Eintreten für die Korpsstudenten läuft, wie uns die Existenzberechtigung der Fürsten nur dann wahrscheinlich wird, wenn sie den Vorwurf für eine Operette bilden.

Der „Marburger Trichter“. Der fogenannte Nürnberger Trichter, der dann empfohlen wird, wenn das geistige Wachstum eines Menschen keine bemerkenswerten Fortschritte macht, hat jetzt einen wirklichen Konkurrenten erhalten. Der Kommunalparlament der Regieungsbezirks Kassel hat beschloffen, durch Bereitstellung größerer Mittel das Psychologische Institut der Hessischen Landesuniversität Marburg zu unterstützen, damit dessen Arbeit der Bevölkerung von Kurbesen nutzbar gemacht werden kann. Der Direktor dieses Instituts, Prof. Jaensch, und sein Mitarbeiter Dr. Kiesel nahmen nun dieser Tage an den Kasseler Schulen Untersuchungen an schwach begabten Kindern vor. Prof. Jaensch gibt davon aus, daß ein großer Teil der schwachbegabten Schulkinder an einer typischen Unterfunktion der Schilddrüse leidet, wodurch der geistige Fortschritt stark vermindert wird. Es wurde nun in Gemeinschaft von Kasseler Pädagogen und Ärzten versucht, den Intelligenzgrad dieser schwachbegabten Schüler durch tägliche Zufuhr von Schilddrüsenpräparaten, die in Form kleiner Tabletten gegeben wurden, zu heben. Nachdem diese Behandlungsmethode ein Jahr lang durchgeführt wurde, zeigten sich bedeutende Intelligenzfortschritte. So gelang es, eine Polkretine von der Größe eines dreijährigen Kindes, die nicht sprechen und laufen konnte, innerhalb eines Jahres durch diese Behandlung dahin zu bringen, daß sie nunmehr läuft, gut spricht, an Stelle ihrer schwarzen verfallenen Milchzähne ein neues kräftiges Gebiß erhalten hat, 35 Zentimeter gewachsen ist und im Alter von 18 Jahren in die Mädchenkaste am Ball in Kassel aufgenommen worden ist. Ein weiterer Ausbau dieser Versuche eröffnet ungeahnte Perspektiven.

Zwei Monate von der Welt abgeschnitten. Aus dem Gipfel des zu einer Höhe von 2885 Meter aufsteigenden schroffen Bergganges Pic du Midi in den Pyrenäen befindet sich ein astronomisches Studien dienendes Observatorium, in dem jetzt die dort arbeitenden beiden Astronomen und ihre Assistenten acht Wochen lang von dem Verkehr mit der Außenwelt vollständig abgeschnitten waren. Während des Winters und des Frühlings ist nämlich das Observatorium infolge der Wetterverhältnisse und der Laminen, die fortgesetzt vom Gipfel niedergerhen und die Zugangswegen sperren, monatlang isoliert. Die oben befindlichen Astronomen sind dann darauf angewiesen, sich mit der nächstgelegenen Stadt Bagnères-de-Bigorre auf telephonischem Wege zu verständigen. Vor zwei Monaten aber erlitt der Apparat eine Beschädigung, und erst vor zwei Tagen erhielt man die ersten

## Hans Delbrück gegen Ludendorff.

Im Verlag für Politik und Wirtschaft erscheint dieser Tage die zehnte Auflage des bekannten und vielbesprochenen Buches von Prof. Hans Delbrück „Ludendorffs Selbstporträt“. Sie ist durch zusätzliche Anmerkungen, die sich gegen Wolfgang Försters Gegenschritt richten, und durch ein Nachwort erweitert, in dem es heißt:

Wenn Ludendorff nach seinem Zusammenbruch geschwiegen hätte, so würde man gewiß sehr geneigt sein, ihn mit aller Schonung zu behandeln. Man würde es auch noch tun können, wenn er sich mit einem Mindestmaß von Selbsterkenntnis und Verständnis für die neben ihm tätigen Persönlichkeiten äußerte. Die Selbstherrlichkeit aber, mit der er auftritt, und die Ungerechtigkeit, mit der er, um sich zu reinigen, andere beschuldigt, ist schließlich unerträglich. Er fällt mit seinen Büchern nicht nur das historische Urteil, sondern bietet sich auch offenbar dem deutschen Volke von neuem als Führer an. Hierzu zu schweigen, war mir unmöglich.

Es scheint, daß Delbrück Ludendorff überschätzt. Dessen Ehrgeiz beschränkt sich neuerdings darauf, in der Northcliffe-Presse für englische Pfunde die deutsche Republik beschimpfen zu dürfen. Ein Mann, der so handelt, kann sich kaum von neuem als Führer anbieten wollen, denn das muß er doch selber merken, daß er sich durch ein solches Verhalten sogar bei seinen bisherigen Anhängern unmöglich macht.

## Zur Arbeitszeit der Eisenbahner.

Verhandlungen verzögert.

Im Reichsverkehrsministerium sollten heute die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz im Eisenbahnbetrieb wieder aufgenommen werden. Da aber weder die Hirsch-Dunderschen noch die christlichen Organisationen der Eisenbahner Vertreter entsandt hatten und auch vom Beamtensyndikat nur ein Vertreter anwesend war, wurden die Verhandlungen vertagt. Man nimmt an, daß sie im Laufe der nächsten Woche wieder aufgenommen werden.

## Die Russen dementieren Severing.

Die Presseabteilung der russischen Sowjetvertretung teilt der Dena mit: Das Pressebureau bei der Vertretung der Sowjetrepublik in Deutschland ist ermächtigt, die von dem preussischen Innenminister Severing in der Sitzung des Preussischen Landtags am 4. Mai 1922 abgegebene Erklärung, daß die Maßnahmen zum persönlichen Schutz der Mitglieder der Sowjetdelegation während ihres Aufenthaltes in Berlin angeblich auf deren „besonderen Wunsch“ vorgenommen worden seien, in kategorischer Form zu dementieren. Severings dahingehende Erklärung lautete:

„Im Hotel Splendid und im Kaiserhof erfolgte die Sicherung auf besonderen Wunsch der dort untergebrachten Delegierten Tschischerin, Litwinoff und Joffe durch vier bzw. sechs vor den in Frage kommenden Zimmerleuten postierte Beamte. Auf besonderen Wunsch von Tschischerin und von Litwinoff wurden diese Herren auf ihren Zimmern und Ausfahrten ständig von zwei Beamten begleitet.“ (Siehe Preussischer Landtag, 132. Sitzung am 4. Mai 1922, Seite 9406-9.)

Weder Tschischerin noch andere Mitglieder der russischen Delegation haben je eine solche Bitte an die deutsche Behörde gerichtet. Die Sicherungsmaßnahmen erfolgten längere Zeit vor Eintreffen der Sowjetdelegation und ausschließlich auf Initiative der deutschen Behörden selbst, wie auch aus derselben Rede Severings deutlich hervorgeht.

Wir wollen dem Genossen Severing nicht vorgreifen. Deswegen sei nur daran erinnert, daß es die „Rote Fahne“ war, die in einer „Anfrage an Severing“ Auskunft haben wollte, welche Schutzvorkehrungen für die durchreisenden Sowjetvertreter getroffen worden seien. Ueberdies hat die Sowjetdelegation bei ihrer Weiterreise dem Minister für die „umfassenden glücklichen Maßnahmen“ ihren Dank ausgesprochen.

Werkwürdige Leute, diese Sowjetrevolutionäre. Sie lassen sich tagelang bis vor die Hotelzimmer für von Beamten der Abteilung Ia bewachen, sie bedanken sich danach für diese „glücklichen Maßnahmen“ und dann — dementieren sie.

Ob außerhalb des Abdomentalkreises der „Roten Fahne“ viele Leute das logisch finden und glauben?

Nachrichten von den Gelehrten durch drei Führer, die den gefährlichen Aufstieg zum Gipfel des Pic du Midi gewagt hatten, um eingegangene Briefe und Kropfent hinauszubringen, denn angeht das lange Abgeschnittenseins muß man die Forscher in regelmäßigen Abständen mit Nahrungsmitteln versorgen. Da die Wetterverhältnisse es noch immer nicht gestatten, die gefürzte telephonische Leitung in Ordnung zu bringen, werden sich die vier Herren mit dem Gedanken abfinden müssen, noch für längere Zeit den Verkehr mit der Außenwelt entbehren zu müssen.

Die Bazillen der Bazillen. Der französische Forscher d'Herelle will eine wichtige Entdeckung gemacht haben: auch die Bazillen sollen ihre Bazillen haben! Er behauptet, bei einem ruhrkranken Menschen komme neben dem Ruhrbazillus stets ein anderes, noch viel kleineres Lebewesen vor, das den Ruhrbazillus zu vernichten imstande sei, er spricht geradezu von einem Parasiten der Ruhrbakterien. Dieser bakterienfressende (bakteriophage) Keim bringe in den Ruhrbazillus ein, vermehre sich in ihm und bringe ihn zum Zerfall; seine jungen Keime gingen dann in neue Ruhrbazillen, vernichteten auch diese bis zum schließlichen Verschwinden aller Ruhrbazillen, d. h. eben bis zur Genesung des Kranken. Die Genesung bedurfte also nach d'Herelle darauf, daß der Ruhrbazillus im Darm von dem bakteriophagen Gift ausgefressen wird. Nach d'Herelle ist es möglich, das bakteriophagen Virus darzustellen und dem Kranken einzunehmen, falls es einmal gar nicht oder nicht in genügender Menge in dessen Darm vorhanden sein sollte. D'Herelle will die bakteriophagen Keime nicht nur für Ruhr, sondern für viele andere Infektionskrankheiten, Typhus und Paratyphus, Mumps, Cholera, Vogelgrippe, Kinderblutvergiftung u. a. mehr, dargestellt haben. Der bakteriophagen Keim ist so klein, daß er von einem Tonfilter nicht zurückgehalten wird; es ist ein Ultramikrobium, das über die Größe eines Eiweißmoleküls nicht hinausgeht. Der „Kosmos“ berichtet eingehend über die neue Entdeckung, doch betont er mit Recht, daß erst eine Nachprüfung abzuwarten bleibt, bevor man etwa besondere Hoffnungen in bezug auf die Bekämpfung ansteckender Krankheiten daran knüpft.

Der neue Zeitungshempel. Bis vor etwa 16 Jahren trugen alle österreichischen Zeitungen, die mindestens viermal im Monat erschienen, den 1. 1. Zeitungshempel. Im dieser sehr seltbaren Sonderbeilage zu enthalten, erschienen manche sozialistischen Wochenblätter zweimal im Monat unter anderem Namen, so z. B. „Freiheit“ und „Die Freiheit“. Schließlich glückte, nicht zum wenigsten dank dem Genossen Kautsky, die Sprengung dieser Fessel einer nichtkapitalistischen Presse. Heute fährt das Berliner „Wochenblatt“ den Zeitungshempel freiwillig wieder ein; zwar nicht ganz unter der Reichs-, sondern der eigenen Kasse, und man sieht darauf nicht ein Wappentier, sondern Berggipfel- und Schnapsflaschen.

Die Salzburger Festspiele finden im August unter der Leitung von Richard Strauß, Franz Schalk und Max Reinhardt statt. Vorgesehen sind vier Mozart-Opern sowie die Uraufführung des „Salzburger großen Weltbühnen“ von Hugo v. Hofmannsthal.

Russische Preise und Gehälter. Am 10. Mai folgte ein Exemplar einer Petersburger Zeitung 100 000 Rubel. — Nach einer Verordnung des Rates der Volkskommissare ist das Minimum des monatlichen Arbeitseinkommens der staatlichen Arbeiter und Angestellten auf 15 400 000 Rubel festgesetzt worden.

## Die Münchener Flaggenheke.

München, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der nationalistische Kummel nahm in München auch gestern seinen Fortgang. Ein besonderes Verdienst ist dabei zweifellos der „Augsburger Abendzeitung“ zuzurechnen, die gestern früh wieder schrieb: „Unter Herrn v. Kahr wäre das Aufziehen einer schwarzrotgoldenen Fahne unmöglich gewesen. Im Namen der Tausende von Bayern, die nichts mit der Berliner schwarzrotgoldenen Fahne zu tun haben wollen, fordern wir entschieden und roch die Entfernung dieser Fahne.“ Der Bürgermeister von München, Genosse Schmid, der von der Polizeidirektion am Montag mittag von der Zerstörung der Fahne am Hauptbahnhof nicht verständigt wurde, obwohl die Fahne Eigentum der Stadt München ist, ließ sich von der „Augsburger Abendzeitung“ nicht einschüchtern und ordnete den Ersatz der verbrannten Fahne durch eine andere an. Nun wurde in einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen neuerdings für die gewaltsame Entfernung der Reichsfahne Stimmung gemacht. Ein Vortrag Rudolf Steiners wurde ganz systematisch geiprengt; die üblichen Schlägereien, Stinkbomben und Gummiknüttel fehlten nicht. Als die Polizei den Saal geräumt hatte, formierten sich die Demonstranten auf der Straße zu einem Zuge und marschierten zum Bahnhofspiaz. Die an Stelle der verbrannten schwarzrotgoldenen Fahne gehißte neue Fahne war für die Nacht aus bestimmten Gründen abgenommen worden. Die Demonstranten sangen das deutsche Flaggenlied und machten sonst noch einigen Lärm, ohne in ihrer Demonstration von der Polizei irgendwie belästigt zu werden. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

## Die Abkehr vom Nationalen Bloß.

Paris, 16. Mai. (Antel.) Das Ergebnis der Generalratswahlen ist ein bemerkenswertes Symptom für die Abkehr der französischen Volksmassen von der Politik Poincarés und des bloc national, dessen Bedeutung noch dadurch erhöht wird, daß die Wahlen zeitlich mit dem „Triumph“ der französischen Politik in Genua zusammenfielen. Die Presse des Nationalen Bloßs sucht natürlich die Bedeutung der Wahlergebnisse, die übrigens durch die Stichwahlen noch eine Korrektur zugunsten der Linksparteien erfahren dürften, herabzusetzen. Sie bemüht sich, den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Wahlen keinerlei Veränderungen in der Politik des Landes herbeiführen können. Immerhin kann sie ihre Berärgerung über das Wahlergebnis nicht verhehlen und sie beklagt sich über die „zügellose Propaganda“ der radikalen Parteien. Im Gegensatz dazu kommentiert die Linkspresse das Wahlergebnis mit größter Genugtuung. „Frankreich hat einen Kurs nach links gemacht“, schreibt „Le Nouvelle“. Das „Journal du Peuple“ erklärt, bei jeder neuen Wahl lasse sich ein immer breiterer Zug gegen den bloc national erkennen. „Humanité“ weist auf die große Anzahl von Stimmen hin, welche die Reuterer vom Schwarzen Meer erhalten haben. Dies sei die Antwort des französischen Volkes auf die jüngste „Amnestie“ Poincarés. Das Blatt erklärt die Wahlen für einen Sieg der Kommunisten. „Populaire“ schreibt, es zeige sich, daß die Herrschaft des bloc national bereits erschüttert sei. Der Wahlsieg der Linken wäre noch größer geworden, wenn nicht die Kommunisten in Kreisen, wo sie von vornherein keine Erfolgsaussichten hatten, besondere Kandidatenlisten aufgestellt hätten.

## Amerika und Palästina.

Washington, 16. Mai. (CP.) Die amerikanische Regierung hat gestern das englisch-amerikanische Abkommen über das Mandat von Palästina veröffentlicht. Nach diesem Abkommen verpflichten sich die beiden Länder, den Vertrag über das Mandat von Palästina auszuarbeiten. Dieser Vertrag soll eine Bestimmung enthalten, wonach die amerikanischen Bürger in Palästina die gleichen Rechte besitzen sollen, wie die englischen, obwohl Amerika dem Völkerbund nicht angehört. Die amerikanischen Staatsangehörigen werden außerdem das Recht haben, die Streitfragen von einem zur Mehrzahl aus Engländern zusammengesetzten Gerichtshof beurteilen zu lassen. England wird die nötigen Zusicherungen für die wirtschaftliche Gleichstellung der Engländer und der Amerikaner in Palästina geben. Die Rechte, die die Amerikaner in Palästina besitzen, werden von den Engländern in welchem Umfange anerkannt.

## Wirtschaft

### Die russischen Petroleumkonzessionen.

Im Hinblick auf den Kampf um die russischen Petroleumkonzessionen sind folgende Mitteilungen über den Stand der russischen Petroleumindustrie von Interesse:

Im Jahre 1918 entfiel von der gesamten Erddölgewinnung der Welt ungefähr ein Zwünftel auf Russland, im Jahre 1921 hatte sich dieser Anteil ungefähr auf ein Fünftel zwanzigstel verringert. Für die allerneueste Zeit liegen nur sehr unzuverlässige Ziffern vor. Ein ungefähres Bild von der Leistungsfähigkeit und der tatsächlichen Leistung der russischen Erddölgewinnung in der Vor- und Nachkriegszeit gibt nachfolgende Tabelle:

Kapazitätsgewinnung	1919	1918
Wahl	225 800 000	467 800 000
Wessing	37 700 000	73 000 000
Emba	1 900 000	6 000 000
Korona	1 300 000	2 600 000
Sibirien u. Schwarzmeergebiet	8 300 000	4 800 000
Zusammen	268 900 000	554 200 000

Es wird also großer Arbeitsleistung bedürfen, um die stark heruntergewirtschaftete Industrie wieder leistungsfähig zu machen.

Für den Wiederaufbau der russischen Petroleumindustrie fehlen an Ort und Stelle fast alle Materialien und vor allem die nötigen Arbeitskräfte. Es müssen erst große Mengen Bohrgeräte, Kupferleitungen, Gasrohre, elektrische Armaturen usw. herangebracht und viele Tausende technischer Angestellter und Arbeiter im Ruffgebiet angehebelt werden. Für die Arbeitskräfte fehlt es vorläufig an Wohnräumen und Nahrungsmitteln. Es handelt sich also um einen Wiederaufbau von Grund aus. Die russischen Delegierten in Genua verweisen bei ihren Erklärungen auf die großen vorhandenen Bestände an Maschinen und Werkzeugen. Diese befinden sich aber nach privaten Meldungen in einem sehr traurigen Zustande und bedürfen ebenfalls einer gründlichen Ueberholung und Ergänzung. Das Kapital allein ist gegenüber dieser vollständigen Zerstörung der russischen Petroleumindustrie machtlos, wenn es nicht gelingt, in kürzester Zeit einige Tausend tüchtiger Spezialarbeiter für den Wiederaufbau zu gewinnen.

Krupp in der Ukraine. Der Berliner Korrespondent des „Daily Express“ will in der Lage sein, Aufklärungen über die Unterhandlungen zwischen der Sowjetregierung und der Firma Krupp geben zu können. Danach habe die Firma Krupp in der Nähe von Charlow eine Konzession von 50 000 Acres für 24 Jahre bekommen. 20 Proz. des Ertrages seien der Sowjetregierung abzutreten.

## „Rein deutschnational“.

### Der „kleinste Verstand“ und die „größte Schnauze“.

Die ohnmächtige Wut rechtsstehender Parteien über den im November 1918 eingetretenen Umschwung und ihr giftiger Haß gegen die republikanische Regierung äußern sich in Formen, deren Widerwärtigkeit manchmal in ungewollte Komik umschlägt. Diese Wirkung kann man in Berlin in der Potsdamer Straße vor dem Laden eines Juweliers beobachten, der in seinem Schaufenster durch ausgestellte Karikaturen und beigelegte Erklärungen eine wüste Agitation gegen die Regierung treibt.

Daß der Mann nach rechts hinüber gehört, darüber befehrt er die Vorübergehenden schon durch ein weißes leuchtendes Leuchtschild. Auf einem großen Plakat, das über dem Schaufenster angebracht ist, empfiehlt er sein Geschäft als „rein deutschnationales Einkaufszentrum für Brillanten, Gold, Silber, Platin“. Im Schaufenster sieht man eine Papststatue, auf der er warnt: Amerikanern, Franzosen, Engländern, ebenso Italienern, ist hiermit das Betreten meiner Verkaufsräume strengstens verboten. „I. Richter, Juwelier.“ Bei einer Statuette, die anscheinend einen Narren darstellt, liegt ein Zettel mit der Aufschrift: „Aus Genua zurück. Wer zahl't?“ Als „Viderräufel“ bezeichnet der „rein deutschnational“ Juwelier eine Gruppe, bestehend aus einem Hundekopf, der aus einer Porzellanschale herausguckt, und einem Ring mit einem Rabenkopf, vor dem ein Zettel mit dem Wort „Genua“ befestigt ist. Ein anderer Zettel gibt mit folgenden Worten die Lösung: „Die Hütte ist vor den Hund, Genua ist für de Raß.“ Die Eigenart dieser Ausdrucksweise gehört, nehmen wir an, mit zu dem „Biß“. Dagegen soll es gewiß kein Biß sein, sondern voller Ernst, wenn der einer kleinen Bißte beigelegte Zettel erläutert sagt: „Die Spinnz Europa, wartend auf den Zusammenbruch Deutschlands. Das Gesicht eines bekannnten Deutschenessers.“ „Jawohl, „Spinnz“ steht deutsch auf dem Zettel, nicht „Spinnz“, wie eigenartige Gelehrte sagen. Den „reinen Deutschen“ befindet der Juwelier mit einer Statuette, die eine Judentarikator darstellt und durch einen Zettel erläutert wird: „Der Zukunftspräsident spricht über den Weltkrieg.“ Man beachte die militärische Haltung. Im Schaufenster sind allerlei Orden ausgelegt. Neben einem „hohen“ Orden fragt ein Zettel, ob ein sozialdemokratischer Abgeordneter solche Orden aufzuzweifen habe. Der „stärkste Trumpf“ aber ist folgender Zettel:

Die Preisräufel:  
Welcher Präsident und Reichkanzler samt Außenminister der europäischen Republik hat den kleinsten Verstand?  
Welcher sozialdemokratische Bürgermeister und Abgeordnete hatte vor dem Krieg die größte Schnauze und jetzt gar keine?  
Erscheint mit einer großen Ueberraschung am Montag wieder.  
I. Richter, Emil Schölte.  
Ritter hoher und höchster und allerhöchster Orden und Auszeichnungen.

Das Widerwärtige wird hier, wie gesagt, zum ungewollt Komischen. Aber das vor dem Schaufenster derweilende Publikum genießt anscheinend doch kein ganz ungetrübtes Vergnügen, wenn es sieht, wie Haß in dieser Weise sich austobt. Wir und mit uns wahrscheinlich viele haben mehr die Empfindung des Mitleids mit einem Zeitgenossen, den offenbar der Haß tötet gemacht hat.

### Eine Posträuberbande.

Als Exis-Fällcher wurde von der Kriminalpostdienststelle ein Postkassner Wilhelm Hennig aus der Markstraße entlarvt. Seine Verhaftung deckte das diebische Treiben einer ganzen Bande auf. Hennig fällt schon vor drei Jahren Benachrichtigungsschreiben über postlagernde Güter. Hierbei und namentlich beim Abholen der Sachen half ihm damals ein Otto E. Nach dessen Tode gewann er einen Kauscher Heinrich Töpfer aus der Fliederstraße, der das Komplott noch durch einen Max Neufeld aus der Bohrerstraße und einen Richard Lippert aus der Strausberger Straße und den Schankwirt Glas aus der Strausberger Straße ergänzte. Auch Frau Glas mußte einmal auf Verlangen der Bande ein Exis mit einem falschen Namen unterschreiben. Der Leiter der Bande unterschlug alle paar Tage eine Benachrichtigung und ließ sie abwechselnd von diesem und jenem unterschreiben, um nicht durch die gleiche Handschrift Verdacht zu erregen. Abnehmer für die Güter war der Schankwirt Glas. Es waren besonders Lebensmittel aller Art, namentlich wertvollere, einmal zwei Zentner Mehl, ein anderes Mal ganze Körbe mit Obst oder Kartoffeln, dann wieder 20 geschlachtete Kaninchen, 30, einmal sogar 50 Gänse usw. Ein großer Teil wurde stets gleich zur Verjorgung der Schankwirtschaft von Glas benutzt. Dort ging es dann immer hoch her. Was Glas nicht umsetzen konnte, wurde anderweitig verkauft. Die ganze Bande wurde jetzt von der Kriminalpostdienststelle hinter Schloß und Riegel gebracht.

### Der Untergang der „Storkow“.

#### Nachrichtenbetrieb im Gerichtssaal.

Um 9 Uhr vormittags wurde heute die Verhandlung gegen den Schiffsführer Richelmann fortgesetzt. Gleich vor Eintritt in die Verhandlung machte der Anklageerretter Erster Staatsanwalt Berlach bekannt, daß am Sonnabend ein Herr aus dem Zuhörerraum ununterbrochen Zettel an den Betriebsleiter der Sternegesellschaft Adolf Schloetig, der als Zeuge und Sachverständiger geladen ist, abgegeben hat, der die Zettel dann an den Verteidiger Justizrat Oskar Hamburger weitergegeben hat. Der Vorsitzende läßt Schloetig vorfragen und dieser bekundet, daß der betreffende Herr der Direktor Ring von der Sternegesellschaft gewesen sei. Schloetig erklärt, daß die Zettel harmlosen Inhaltes gewesen seien. Dann stellt der Anklageerretter die Frage an den Betriebsinspektor, wer die Hauptbelastungszeugen, die beiden Führer bei der Gesellschaft eingestellt hätte. Der Inspektor erklärt, daß er die Zeugen eingestellt habe, er wolle damit aber keine Beeinflussung der Zeugen bezwecken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Prozess noch einige Ueberforschungen bringen kann, denn das Potsdamer Gericht leuchtet sehr tief in diese noch sehr dunkle Sache hinein. Man hat das Gefühl, daß der jehine Prozess, auch wenn er heute zu Ende geführt wird, doch noch nicht das Ende sein werde. Der Inspektor wird darüber auf das eingehendste vernommen, ob er von seiner Direktion irgendwelche Direktiven über seine Aussagen erhalten hätte. Schloetig verneint dies ganz entschieden. Dieser Zeuge hat den Anklagen eine Stunde nach dem Unglück gesprochen und keine Trunkenheit an ihm wahrgenommen. Allerdings war der Steuermann Goldmann nicht ganz nüchtern gewesen.

Der Angeklagte mußte zugeben, daß er im gefährlichen Bogenfeld stets die Führung dem Steuermann Goldmann übertragen habe, da er sich als der Jüngere nicht zugemutet habe, durch das Bogenfeld zu fahren. Bei der Rettungsaktion habe auch Goldmann gekeuert, er selbst will sich an der Rettung beteiligt haben. Wieder kommt es zu einem Zwischenfall bei der Besichtigung der Schiffslaternen. Der Staatsanwalt hat festgestellt, daß hinter seinem Rücken die beschlagnahmten Schiffslaternen, die beim Potsdamer Wasserbauamt eingestellt waren, im Auftrage der Sternegesellschaft vom Inspektor Schloetig drei Tage vor dem Termin beschlagnahmt worden sind. Die Besichtigung hat der Potsdamer Wasserbauamt Sievers unbegreiflicherweise, ohne die Staatsanwaltschaft zu benachrichtigen, gestattet. Der Besichtigung hat Kapitän Winter, der von der Sternegesellschaft als Gutachter geladen ist, beigezogen. Die schwerwiegenden Beweismittel sind mir nichts dir nichts im Magazin des Wasserbauamtes gezeigt worden. Bei der Vernehmung des Sachverständigen, Wasserbauamtes Heß, ergibt sich, daß die Sternegesellschaft von ihm drei Tage vor dem Termin die Her-

ausgabe der beschlagnahmten Laternen verlang habe. Dieses lehnte Baurat Heß entschieden ab. Trotzdem hat Baurat Sievers eine Besichtigung der Lampen gestattet. Es stellt sich heraus, daß mit den Laternen eine etwas sonderbare Veränderung in den letzten vier Tagen geschehen ist. Wer sie vorgenommen hat, bedarf noch der Aufklärung.

### Generalversammlung des Vereins Arbeiterjugend.

Am Sonntag fand im Sophienngymnasium in der Weinmeisterstraße in Anwesenheit von 106 Delegierten die ordentliche Generalversammlung des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin statt. Genosse Rob. Breuer sprach zu dem Thema: Jugend und Republik. Eine Entschlieung, die vom Reichstag und von der Regierung fordert, daß die in der Reichsversammlung gegebenen Versprechungen, wonach Jugendliche nicht mehr ausgebeutet werden dürfen, endlich erfüllt werden, und die weiterhin die Arbeiterjugend auffordert, sich zur demokratischen und sozialen Republik zu bekennen, wurde einstimmig angenommen. Genosse Walter Kädiger gab den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß sämtliche Veranstaltungen einen regen Besuch aufwiesen. Auch ist eine ständige Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen. Als ein erfreuliches Zeichen kann es betrachtet werden, daß die weiblichen Mitglieder mehr denn je auf dem Posten sind. Es geht vorwärts! In der nun folgenden lebhaften Aussprache wurde eine Beitragserhöhung beschlossen. Bis zum 17. Lebensjahre werden monatlich 3 M. und über 17 Jahre 5 M. erhoben. Ein Antrag, § 9 der Satzungen zu ändern und § 14 ganz zu streichen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag, wonach jede Abteilung verpflichtet ist, ein Exemplar vom „Führer“ auf Kosten der Abteilungslosse zu beziehen. Dem Antrag, die Altersgrenze bis zu 20 Jahren festzusetzen, wurde nach kurzer Aussprache zugestimmt. Als Delegierten zur kommenden Reichskonferenz wurden die Genossen Werner Kädiger, Arno Scholz und Hermann Timm gewählt. Erst in später Nachmittagsstunde wurde die Generalversammlung geschlossen.

Monarchie auf dem Stettiner Bahnhof. Man schreibt uns: Ich hatte Gelegenheit zu beobachten, daß im Dienstgebäude des Stettiner Bahnhofs noch immer „Der Dank des Kaisers an die Eisenbahner“ aushängt, und daß die höheren Beamten dort noch die alten Hoheitszeichen auf dem Ärmelstück (Wappen mit Krone) tragen. Kann die Republik nicht dafür sorgen, daß hier, wie bei der Post, Wandel geschaffen wird — oder handeln die Herren Oberbeamten gegen die Weisungen ihrer vorgesetzten Behörde?

Die Nichtbestätigung von zwölf sozialistischen Rektoren in Berlin hält die Berliner Arbeiterjugend fortgesetzt in Erregung. Sie empfindet diese Maßnahme einer rückwärtigen Schulbureokratie als eine Provokation, als einen Schlag in das Gesicht des Proletariats der größten Kommune Deutschlands, deren gewählte Vertretungen man als unumgänglich zu behandeln sich erlaubt. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Groß-Berlins hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigt und sich dem folgenden in Hamburg gefassten Beschluß angeschlossen: „Der zweite sozialdemokratische Lehrertag erhebt scharfsten Protest gegen das Vorgehen einzelner Schulbehörden, Lehrer, die keiner staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft angehören, nicht zu Leitern, Rektoren und Direktoren an konfessionellen Schulen zu befördern. Er erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den sozialdemokratischen Vertretern in den Parlamenten der einzelnen Länder, diesem Vorgehen der Behörden ersthafte Aufmerksamkeit zu schenken.“

Quod est diebener Schreierformer. Heute abend 8<sup>1/2</sup> Uhr Versammlung im Werner-Siemens-Realschulsaal, Lindenlaunstraße 47/48. Vortrag Hoffmann-Wimmer: „Die vorgeburliche Erziehung des Kindes.“ Jedermann ist willkommen.

Der Frauenarzt Dr. Stein. Berlin, Kollerallee 30. Mittel und mitteilen, daß er und seine Frau mit dem im Nordproben Reiter genannten Frauenarzt Dr. Stein, begm. Frau Dr. Stein, nicht identisch sind.

Ein neuer Sieg des Schachmeisters Capablanca. Der bekannte Schachmeister Capablanca hat gestern eine große Schachpartie gegen die 40 besten Pariser Spieler gespielt. Hier von hat er 38 gewonnen, eine verloren und eine aufgegeben.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und übermäßig hell bei mäßigen (Abendlichen) Winden und wärterer Erwärmung.

## Die Frau als Staatsbürgerin.

### Die gestrige Bezirksfrauenkonferenz.

Im überfüllten Jugendheim sprach die Genossin Kyned, M. d. R., über „Frauenfragen im Reichstag“. Sie führte aus, daß mehr Interesse für die Parlamentsstätigkeit nötig sei. Die Parlamentarierinnen könnten sich nicht ausschließlich mit Frauenfragen beschäftigen, zumal es bei tieferem Studium keine Frauenfragen nicht gäbe, sondern nur Menschenheitsfragen. Artikel 109 der Verfassung sagt, Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Wenn die Frauen noch nicht vollberechtigte Staatsbürgerinnen sind, so ist das ihre eigene Schuld. Der Erfolg des Frauenwahlrechtes kommt ausgerechnet den Parteien zugute, die stets Gegner des Frauenwahlrechtes waren. Gerade das Problem der unehelichen Mutterchaft hat gezeigt, daß zwischen sozialistischen und bürgerlichen Frauen große Differenzen bestehen. Wird von der unehelichen Mutterchaft der Reichsbeamtin gesprochen, so wird nicht nur um das Recht der Beamtin, sondern um das Recht der Frau gekämpft. Die Abgeordneten der Volkspartei möchten gerne als Wohltäter der unehelichen Mütter auftreten. Sie wollen die armen gefallenen Mädchen, wenn notwendig, unterstützen. Die Bürgerlichen erklären, daß es einer verheirateten Beamtin nicht möglich ist, voll und ganz ihre Pflicht zu tun. Die Frauen fehlten zudem viel wegen Krankheit. Auch das ist eine nicht stichhaltige Verallgemeinerung von Einzelfällen. Im übrigen muß betont werden, daß die Frauen am Telefon den schwersten Dienst haben. Sodann sprach die Rednerin noch eingehend über die Stellungnahme zu der Rechtspflege und von dem Kampf, den die Frauen führen mußten, um zum Amt der Schöffen und Geschworenen zugelassen zu werden. Auch muß man die Ehecheidung erleichtern. Bei unglücklichen Ehen leiden die Kinder am meisten. Ehefide, aufrechte Menschen, die nicht mehr zueinander passen, müssen, gerade im Interesse der Moral und der Erziehung, das Recht haben, sich trennen zu können. Nachdem die Vortragende noch über das Jugendwohlfahrtsrecht gesprochen hatte, forderte sie die Frauen auf, in ihren kleinen Kreisen praktisch zu arbeiten.

Anschließend an das Referat wurden die Genossinnen Todenhagen, Schmitz und Scholz als Delegierte für den Parteitag in Vorschlag gebracht. Ferner wurden vorgeschlagen für den engeren Vorstand die Genossin Wachenheim (3. Vorsitzende), als Vertreterinnen der Frauen in den Vorstand Hoppe, Kyned, Scheidenhuber, als deren Stellvertreterinnen Böhm, Schuch, Scholz, Weis, für den Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt Schmitz, Weide, Todenhagen, Wachenheim, Kihing, Spieck, Stad und die Genossin Schuidt und Bickert. Die Wahlen unterliegen der Bestätigung durch den Parteitag.

Zum Schluß nahm die Tagung ein Referat der Genossin Wachenheim über „Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege“ entgegen, in dem sie die Beziehungen der sozialpolitischen Beschäftigung zur praktischen Wohlfahrtspflege behandelte.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

9. Kreis, Wilmersdorf, Donnerstag, den 16. 7<sup>1/2</sup> Uhr, Kreisdelegiertenversammlung im Stadtpark, Kaiserstr. 31/32. Tagesordnung: 1. Bericht des Kreisvorsitzenden über die Sommervergangenheit, Beschäftigung.

